



# Röhm an „Eidesstatt“...

## Vor dem Münchener Gericht wagte er nicht zu schwören

Die Entschlüsse im Münchener Hofprozess haben den Gerichtsbesitz im Braunen Haus beschleunigt. Der Reichstagspräsident des Dritten Reiches, der „Eidesstattliche Erklärung“ hat sein Wort über den Prozess verweigert. Herr Röhm verlor sich nun durch eine Erklärung am 2. April 1932 in Berlin auf Erklären des Hofprozesses. Er erklärte, dass er sich nicht zu einem Eide verpflichten würde.

Er kann die Kontrolle der Unterredung mit Röhm nicht bestreiten, er sucht jetzt nur die Ombudsman dazu Röhm zu beschreiben. Herr Röhm verweigert die „Eidesstattliche Erklärung“, in der es heißt, daß der Prozess einseitig durchgeführt wurde, weil er sich öffentlich in Wien ausgesprochen habe; ferner daß die Unterredung mit dem Reichstagspräsidenten Röhm am 2. April 1932 in Berlin auf Erklären des Hofprozesses stattfand. Als Zweck der Unterredung habe Röhm im Auftrag Röhm angegeben, dieser möge ihn befragen, ob sich nicht ein Weg finden lasse, dem gegenseitigen politischen Übergehen Einhalt zu tun, und ob nicht bei einer Änderung der politischen Verhältnisse eine besondere Verwendung seiner Person und der von Röhm vertretenen Teile des Reichstagsrats an Stelle der NSDAP unter der Führung Röhm möglich wäre. Am Laufe des Gesprächs habe Röhm erklärt, daß die persönliche Angriffe gegen Röhm und derlei mit seine Unterredung ausgesprochen, daß die Befestigung Röhm aus eigenen Mäulen in Würfel fände. Auf Röhm's Hinweis, daß es sich hier wohl nur um Wortwahl handele, die er (Röhm) nicht ernst nehme, habe Röhm erklärt, daß er anderer Auffassung sei und daß es unangebracht sei, daß Röhm als Führer der NSDAP seine Kenntnis von den Mäulen hätte.

Diesem Versuch Röhm, sich herauszubringen, stellt Major Wagner die folgende Erklärung entgegen:

Die Erklärung des SA-Führers Hauptmann Röhm gegen die Aussagen in dem bekannten Münchener Prozess stellen eine Reihe von großen Unwahrheiten und Mangelsverletzungen dar. Wichtige ist die Behauptung, daß ich es gewesen sei, der um eine Unterredung gebeten hätte. Röhm wurde mit meinem Parteifreund und engen außenpolitischen Mitarbeiter Bell, wie auch vor Gericht eideschworen, als Zeuge für die Richtigkeit der aufzuführenden Behauptungen über die Zustände im Braunen Haus genannt. Es ist selbstverständlich, daß wenn mir der oberste SA-Führer als Kronzeuge auf dem Prozesstribunal angeboten wurde, ich dieses Angebot nicht ausschlug. Eine andere Ursache, mich mit Herrn Röhm in Verbindung zu setzen, konnte für mich selbstverständlich in keiner Weise in Frage kommen. Es sollte lediglich, dem Angebot des Herrn Bell entsprechend, aus dem Mund des SA-Führers persönlich die notwendigsten Behauptungen der verrotteten Verhältnisse im Braunen Haus erlangt werden.

Eine geradezu groteske Unwahrheit ist es, wenn behauptet wird, ich hätte für mich und gar noch für Teile des Reichstags eine Unterredung ausgesprochen unter der Führung eines Hauptmanns Röhm angefordert oder angeboten.

Zufolge ist, daß die Unterredung in der von mir bestimmten Wohnung stattfand. Ein Zusammenstehen mit Röhm in dessen Hotelzimmer lebte ich aus nachteiligen Gründen von vornherein ab.

Eine völlige Verdrängung der Tatsachen ist es, daß ich mit Röhm vereinbart hätte, er könne von dem Inhalt dieser Unterredung seinem Anwalt und Herrn Müller Mitteilung machen. An Wirtschaftlichkeit war auf Veranlassung Röhm ein ehrenwörtliche Verpflichtung vereinbart, von dem Inhalt der Unterredung bis auf weiteres nichts zu veröffentlichen zu lassen. Vor der heutigen Erklärung des Herrn Röhm geht für mich hervor, daß er eine ehrenwörtliche Verpflichtung gebrochen hat. Die ehrenwörtliche Verpflichtung war für mich eine weitere Befestigung, daß es dem sehr ausgelegenen Herrn Röhm wirklich nur darauf angekommen war, bei mir einen Rückhalt gegenüber seinen Gegnern im eigenen Lager zu suchen.

Wie schon vorher durch Herrn Bell, so hat er auch persönlich in jener Unterredung auf das dringendste gebeten, ihm weiteres Material gegen seinen Feind Schulz zu beschaffen.

In jener Unterredung mit mir hat er im Gegensatz zu seiner heutigen Erklärung die blutigen Pläne im Braunen Haus durchaus ernst genommen. In diesem Sinne hat er sich ja auch im Vorprozess ganz anders vor Wochenschein öffentlich ausgesprochen.

Was den politischen Inhalt des Gesprächs anlangt, so sei einleitend folgendes hervorzuheben: Der Hauptteil des Gesprächs bezog sich auf die ungläubigen inneren Zustände im Braunen Haus. Röhm ging dabei auf die Personalverhältnisse in der SA-Organisation ein. Er erörterte ferner die eben erfolgte Verlegung oder Kalkulation eigener SA-Führer. Wie sehr in jenem Gespräch die Verleumdung des Reichstagspräsidenten im Vordergrund stand, habe ich schon dadurch bewiesen, daß ich ausführlicher die schwere Indiskretion mitteilen konnte, die mir, dem politischen Gegner gegenüber, sich der Hauptmann Röhm eine Tage zuvor mit dem Generalfeldmarschall abgegebene Unterredung erlaubte.

Von antipolitischen Einheitsfront vor selbstverständlich nicht im ersten Sinne die Rede. Der Bolschewismus wurde insofern erwähnt, als ich auf Grund der dann auch in Prozess mitgeteilten Behauptungen darauf hinweisen konnte, daß auch die kommunistische Seite alle Vorkommnisse innerhalb der NSDAP-Bewegung offenbar genau im Bilde sei.

In dieser Zusammenkunft befand sich mit Röhm unangekündigt, daß in einzelnen Teilen der SA bis zu 20. März. Frühere Angehörige von „Rot Front“ standen.

Im Laufe des 55-minütigen Gesprächs wurde von Herrn Röhm auch der Bekannte gestreift, wie debauchiert es sei, daß SA und Reichsbanner in teilweise blutigem Kampf gegeneinander ständen.

Die SA daran sich Röhm den Postieren, den „Hilffisten“ zu. Er unterhalte, so erklärte er mir, zwei Kategorien: die „Hilffisten“ und die „Hilffisten“. In der Beziehung seien nur die „Hilffisten“ dazu, die dann im geeigneten Augenblick sich zu drücken verständen.

Unter diese Hilffisten rechnete er unter:

# „Dringender Tatverdacht liegt nicht vor“

## Todesantrag und — Haftentlassung!

Staatsanwaltschaftler Dr. Wagner beantragte im Sondergerichts-Zustellungsprozess Calm und Genossen gegen den Hauptangeklagten Calm wegen Adressenverstoß beim Landfriedensbruch 10 Jahre Zuchthaus; gegen die Angeklagten Calm und Calm wegen Adressenverstoß beim Landfriedensbruch 2 Jahre Zuchthaus; gegen zwei und vierzig weitere Angeklagte 6 Monate bis 2 Jahre Zuchthaus; gegen die übrigen Angeklagten 6 Monate bis 2 Jahre Zuchthaus.

Während der Verhandlung erklärte der Vertreter der Nebenkläger, Rechtsanwalt Ullrich, gegen die Angeklagten Calm und Calm wegen politischen Verstoßes die Todesstrafe; gegen Calm 15 Jahre Zuchthaus, gegen die übrigen Angeklagten 10 Jahre Zuchthaus.

Daraufhin erklärte der Vorsitzende: „Die Angeklagten werden aus der Haft entlassen, da dringender Tatverdacht nicht mehr vorliegt.“

Es dürfte in der deutschen Reichstagschambre kaum jemals ein Prozess geführt worden sein, dessen Anklage so leichtfertig vorbereitet worden war wie diese. Es dürfte aber auch niemals eine Verhandlung durchgeführt worden sein, die so grotesk endet, wie die hier: der Vertreter der Nebenkläger verlangte, daß zwei Angeklagte auf lange Jahre gefangen — und das Gericht entließ die Angeklagten aus der Haft. Das Gericht hat durch seinen Beschluß zu erkennen gegeben, daß es dem Antrag des Anklägers nicht zustimmen will. Es hat aber auch weiterhin erkennen lassen, daß es die Bestätigung des Staatsanwalts, dessen Nebenkläger offenbar eine Stellung der Methode Sondergericht darstellen sollte, nicht mitmachen will.

ling durchgeführt worden sein, die so grotesk endet, wie die hier: der Vertreter der Nebenkläger verlangte, daß zwei Angeklagte auf lange Jahre gefangen — und das Gericht entließ die Angeklagten aus der Haft. Das Gericht hat durch seinen Beschluß zu erkennen gegeben, daß es dem Antrag des Anklägers nicht zustimmen will. Es hat aber auch weiterhin erkennen lassen, daß es die Bestätigung des Staatsanwalts, dessen Nebenkläger offenbar eine Stellung der Methode Sondergericht darstellen sollte, nicht mitmachen will.

Während der Verhandlung erklärte der Vertreter der Nebenkläger, Rechtsanwalt Ullrich, gegen die Angeklagten Calm und Calm wegen politischen Verstoßes die Todesstrafe; gegen Calm 15 Jahre Zuchthaus, gegen die übrigen Angeklagten 10 Jahre Zuchthaus.

beruf hergestellt, die ihn in die Gefahr einer Verfolgung wegen Zeinbruch bringen könnten. Soweit Major Wagner, Röhm's eidesstattliche Erklärung“ in der Presse veröffentlicht wurde, ist es typischer Nazi-Bullshit. Eine eidesstattliche Erklärung hat nur dann rechtliche Wert, wenn sie vor einer zur Abnahme solcher Versicherungen zuständigen Behörde abgegeben ist. In dies nicht der Fall, so ist eine solche „eidesstattliche“ Versicherung keine Versicherung, sondern nur ein laienhaftes, privates Zeugnis. Insbesondere kann keine strafrechtliche Folge aus, mag sie auch willkürlich noch so falsch abgegeben sein. Eine vor der Presse abgegebene „eidesstattliche“ Erklärung ist daher ein Humbug!

Das Ergebnis ist: Major Wagner hat seine Aussage vor Gericht beschworen. Röhm hat dagegen bei sich die Aussage vor Gericht geschworen. Er wird nicht von Major Wagner bestraft, als eine eidesstattliche Zeugenaussage über seinen Besuch bei Röhm zu machen. Stattdessen überläßt Röhm der Presse eine „eidesstattliche“ Versicherung, die keine ist, sondern eine wirkungslose private Versicherung! Sagt das nicht genug?

# SA. wirbt für die Wahl

25 Mitglieder des Berliner SA-Sturms 14 drängen mit Nachdruck auf eine Charlottenburger Wohnung ein und schlagen hier den 18-jährigen Sohn Hans Heinz des verstorbenen Generals von Bellmond mit Bierlöffeln nieder. Leute, die dem Opfer der Nazis zu Hilfe kommen wollten, wurden mit Revolvern bedroht. Der junge von Bellmond erlitt erhebliche Verletzungen. Allem Anschein nach liegt ein Mordkomplott vor. Hans Heinz von Bellmond gehörte drei Monate lang dem SA-Sturm 14 an. In dieser Zeit lernte er seine Kameraden vor Genüge kennen. Dem Augenblick an, als er sich gegen die Terrormethoden der Nationalsozialisten gewandt und als der Bewegung unwürdig erklärt hatte, richtete sich der ganze Haß der Horde gegen ihn. Vor wenigen Tagen trat er aus der SA aus. Deshalb ist auch man lieber und mißhandelt ihn.

# Pilljudski, Justiz

## Leht erst Urteilsbegründung gegen die Hofflinge von Drest-Litowl

Warschau, 5. Oktober. Die Begründung des Urteils in dem berühmten Prozess gegen die baltischen Agenten während des Weltkriegs ist erst jetzt, zehn Monate nach der Urteilsverkündung, fertiggestellt worden und wird den interessierten Seiten in den nächsten Tagen überreicht werden. Die Begründung umfaßt einige hundert Schreibmaschinenseiten. Die Angeklagten, zu denen die bekanntesten Führer der demokratischen Oppositionsparteien gehörten, sind damals mit Ausnahme eines einzigen zu Gefängnisstrafen von einigen Monaten bis zu mehreren Jahren verurteilt worden. Die Verteidigung wird sofort nach der Bekanntgabe der Urteilsbegründung an die zweite Instanz appellieren. Die Berufungsverhandlung dürfte voraussichtlich im Februar oder März (!) des kommenden Jahres beginnen.

# Streifbrecher gesucht

## In Reichenbach und Langenbiewau

Dreslau, 5. Oktober. Eigener Bericht. In der Streifbewegung in der schlesischen Textilindustrie ist noch keine Minderung eingetreten. Die Hofflinge der Textilfabriken in Langenbiewau und Reichenbach befinden sich nach wie vor im Ausland. Am Dienstag liegen die Reichenbacher Unternehmer im Langenbiewauer Anzeiger eine Bekanntmachung veröffentlicht, in der Arbeitlose gesucht werden. Der Beruf der Unternehmer, in die Front der Streikenden eine Breche zu schlagen, ist erwerbslos von keinem Erfolg begleitet gewesen. Am Mittwoch früh hatten sich vor den Toren der Reichenbacher Textilfabriken lediglich 6 Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit eingefunden.

# Englands Konferenzvorschlag

## Offiziell in Berlin überreicht

Der englische Gesandte in Berlin hat am Dienstag der Reichsregierung den Vorschlag Machnons als einer Zünftigkeit, die in London in der nächsten Woche stattfinden soll, offiziell überreicht. Die Einladung ist zunächst nur grundsätzlicher Art und setzt das Einverständnis der übrigen Mächte voraus. Die Reichsregierung hat ihr grundsätzlich zugestimmt unter der Bedingung, daß Frankreich und England ihren bisherigen Standpunkt, wie er in den kürzlich bekanntgewordenen Antoknoten der beiden Mächte zum Ausdruck kam, wahren, weil sonst eine solche Konferenz zwecklos wäre. Die Aufnahme, die die englische Regierung zu einer Londoner Konferenz über die Abrüstungsfrage in Paris und Berlin gefunden hat, ist für das Auswärtige Amt nicht sehr ermutigend.

# Distussion mit „Reiterer“

## Dreslau, 5. Oktober.

In einer Verlesung der Nazis, die am Dienstagabend in einer Gaststätte in dem Zustaten vorort Böhmetz stattfand, kam es zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Angehörigen der KPD. Nach dem Vortrag des Reichstagspräsidenten nahen sich Distussionsleiter der KPD, um Wort. Als danach am Schluß der Verlesung die Kommunisten die Internationalen anstimmten, kam es zu einer heftigen Schlägerei, bei der Biergläser, Flaschen, Stuhl- und Tischbeine als Waffen benutzt wurden. Mehrere Personen wurden im Verlauf der Auseinandersetzung zum Teil erheblich verletzt.

# Monarchisten am Werke

## Sibt Wilhelm das Geld dazu?

Das politische Leben in der schlesischen Hauptstadt ist um eine allgemein heiterere erregende Absonderlichkeit reicher. Seit Dienstag früh erscheint im Zeitungsbüro die vor wenigen Tagen angekündigte Wochenzeitung der kurg-

# Scholz funkt weiter

Die Unterredung zwischen dem Reichsminister und dem Reichsgrundfunkkommissar Scholz hat das Ergebnis gehabt, daß der Reichsminister von dem Minister erlöst wurde, die Umstellung des Rundfunknetzes, soweit sie zur Zuständigkeit des Kommissars gehört, befristet weiterzuführen, um diesen unermesslichen Zustands mit seinen Begleiterscheinungen abzutreiben.

# Nazis gegen Hefenwahl

Die blasse Angst der Nazis vor Kuno von Helldorf verhindert die Aufhebung des Heffischen Bandtags.



**SPD, Ortsverein Halle**

In dieser Woche finden folgende Ortsbest.-versammlungen statt:

- Donnerstag, den 6. Oktober, abends 8 Uhr:
- 4. Ortsbest.: Lokal Max Klippe, Farbenberg-Inspekt. Roter, Reichwein. Halle Frauen eingeführt werden.
- 8. Ortsbest.: Lokal „Zum gemüthlichen Fröh“, Kleine Brauhausstraße.
- 10. Ortsbest.: Lokal „Zwingerschloßchen“ in der Jungfernhöhe.
- 11. Ortsbest.: Lokal Beuchte, Wärmelager Straße.
- 13. Ortsbest.: Lokal „Zum grünen Binkel“.
- 14. Ortsbest.: Lokal „Wasserwinkel“. Vortrag über aktuelle Tagesfragen.

Freitag, den 7. Oktober, abends 8 Uhr:

- 1. Ortsbest.: Lokal „Reichsruher“, Vortrag des Genossen Gablitz.
- 3. Ortsbest.: Lokal „Volkspart“, Burgstraße.
- 4. Ortsbest.: Lokal Gewerkschaftshaus, Burgstraße.
- 6. Ortsbest.: Lokal Schwertfeger, Fietzstraße 31.
- 8. Ortsbest.: Lokal Bollmann, Freimittelbergstraße.
- 15. Ortsbest.: Lokal „Schreibergarten Süd“, Redner: Genosse Blumenstein.

Die Mitglieder werden ersucht, in diesen Versammlungen pünktlich zu erscheinen.

**Filmabend im Volkspart**

Am Donnerstag, dem 6. Oktober, 1930 Uhr, findet im „Volkspart“ ein großer Filmabend statt, zu dem sämtliche Mitglieder der freien Gewerkschaften nach ihren Angehörigen sowie alle Kameraden der freien Front ihren Zutritt haben. Im besonderen sind eingeladen die Betriebsfunktionäre, Betriebsrats- sowie Arbeiterrats-Mitglieder.

**Ortsausschüsse des ADGB, Afa, ADB. Die Kampfleitung der Eisernen Front.**

**Endeindendischer Heimatsbund — eine Nazi-Filiale?**

Die Aufgabe des Endeindendischen Heimatsbundes, der auch in Halle eine Ortsgruppe besitzt, war es bisher, in parteipolitisch neutraler Weise sich für insbesondere nationale Interessen der Deutschen in der Zwischenkriegszeit anzunehmen. Man ist daher einigermassen überrascht, jetzt an den Ortsgruppen in Halle Plakate dieser Vereinigung zu finden, auf denen zu einer Protokollversammlung wegen des „Erbauens von Bräun“, das Deutscher wegen ihres Deutschtumsgefühls in den Kreis der Mitglieder aufgenommen wird. Nach unserer Kenntnis sind der Dinge anders, es ist bei dem Bräuner-Projekt um die sächsische Filiale der Hitler-Bewegung. Die Verteilung ist erfolgt, nicht weil die Angelegenheit sich als Deutsche bekannt hatten, sondern weil die sächsische Regierung die Deutscherkreisläufe immer nicht duldet. Wegen der Urteilsfindung verleiht auch antideutsche Einstellungen mitgerichtet haben, so gibt das doch einer angeblich parteipolitisch neutralen Vereinigung immer noch nicht das Recht, im Namen der Deutschen über den Staat zu sprechen und so offen für die Freischützer der Nazi-Partei zu agitieren. So weit ist es denn nun doch noch nicht und wird es auch nie kommen, daß Nazi-Partei gleich Deutschtum gilt. Die Deutschen, welche die Partei zu unterstützen, haben das wenigste Recht, sich über Gewalttat anderer gegen sie zu beklagen.

**Nur offen für billiges Geld**

Ist nicht so einfach, denn die beiden Begriffe lassen sich nicht so leicht vereinigen. Die Arbeiter-Wohlfahrt hat denn schon längst die Speisung in der Sternstraße 8 kann man wirklich für 20 Pf. sich ordentlich sattessen an Speisen, die außer Handarbeit sind. Daher ist auch die Freuden eine ständig steigende. Alle Arbeiter aber denken sollen es dort einmal versuchen. Besonders die Wohlhabenden-Unterstützungspfleger sollten beim Wohlhabenden Ehepaar keine verlangen, weil sie dort 15 Pf. bekommen. Ganz besonders bei dem Wohlhabenden, der aber ohne zu wissen, was er bekommt, wenn er sich als verträglich erweist.

**Elektrifizierung der Bahnstrecke Magdeburg-Halle?**

In der Sitzung des Verkehrsaußenbüros der Industrie- und Handelskammer empfing sich zur Frage des Mittelbandkanals eine lebhaftige Diskussion. Der Ausbau des Kanals, der für ein Projekt, das alles unternommen werden müsse, um diesen Kanal umzubringen und befestigen zu vollenden. Wichtig ist die Eisenbahnverkehrsfrage, die den Ausbau der Elektrifizierung der Strecke Magdeburg-Halle im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms. Ein wichtiger Antrag ist der Reichsbahn-Schnellbahnverbindung bereits beschlossen worden.

Der Konferenz nach Blankenburg in Thüringen, der für nächsten Sonntag vorzulegen ist, wird ein das Reichsbahn-Berichtsmittel, auf alle Fälle vorzulegen.

**Landgemeindetag zur Arbeitsbeschaffung:**

**Hebung der Kaufkraft der Massen!**

**Kreditpläne zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten bei voller Entlohnung der Arbeitskräfte. Rechtfertigung aller gewerkschaftlicher Forderungen**

In Halle tagte gestern die Arbeitsbeschaffungsausschüsse des Verbandes preussischer Landgemeinden. Diese Tagung zeichnete sich diesmal durch ein besonderes Niveau aus. Es wurde Stellung genommen zur Frage der Arbeitsbeschaffung, an der die Gemeinden am allerersten interessiert sind, denn sie sind es, die die tiefsten Löhne der Erwerbsfähigkeit zu tragen haben und infolgedessen, wenn es keine Industrierte sind, buchstäblich schon in der finanziellen Pleite liegen. Deswegen merktenderte der Tagung war ein ausgedehntes und eingehendes Referat über die ganze Frage der Erwerbsfähigkeit und ein kürzlich herausgegebenes

**Arbeitsbeschaffungsprogramm der deutschen Landgemeinden.**

Dabei interessiert uns vor allem, daß sich die in ihrer Mehrheit bestimmt nicht marxistisch orientierten Landgemeinden und die von dem Landvolkführer Dr. Wewel geleitete Spitzenverbände die von den doch gerade deswegen bisher so verteidigten Marxisten und Gewerkschaften vertretene These zu eigen machen, daß die Anhebung der Wirtschaft nur dadurch erreicht werden kann, wenn die Kaufkraft der Massen gehoben wird, was nur durch möglichst zahlreiche Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen bei voller Entlohnung möglich sei.

Der Referent, Ministerialrat Schellen, legte in überzeugender Weise dar, daß es darauf ankomme, den Konsum zu vermindern und damit den Erfolg, um neue Arbeit zu schaffen. Das von der amtlichen Statistik erfassten 5,2 Millionen Arbeitslosen bekommen eine Million neue Unterbringung (diese Zahl ist in Wirklichkeit wohl doppelt so hoch), nur 1,3 Prozent werden von der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme betroffen. 89,2 Prozent sind in der Krisenperiode und 50,5 Prozent sind Wohlhabendensverhältnisse. Somit fallen die letzten ganz, die Krisenunterstützungspfleger zu einem Viertel den Gemeinden zur Last. Wenn es nicht gelänge, endlich etwas Durchzuden zu unternehmen, ist das Ende nicht auszuweichen.

**Deutschland könne unmöglich noch mehrere Winter mit diesem Arbeitslosenstand durchmachen.**

Der Referent zeigte dann, wie durch die neue Notverordnung der Regierung und insbesondere durch die preislichen Ausführungsbestimmungen über die Reichsrente für die Gemeinden die letzten erneut schwer benachteiligt werden. Alsdann unterzucht er die Gründe der Erwerbslosigkeit und kam, genau wie es auch von den Sozialisten immer betont wird, zu dem Ergebnis, daß davon die durch den Krieg hervorgerufene Weltwirtschaftskrise und die überhöhten Rationalisierungen die Schuld tragen. Sehr nachdrücklich hob er

**Die Abhängigkeit Deutschlands vom Ausland und vom Vertrauen des Auslandes herzu.**

Hier hätte er nicht bezagen sollen, daß es gerade die Politik der „neuen Staatspolitik“ ist, die durch ihre verkehrte Handelspolitik und durch die ungehörige Werbepolitik dieses nomadische Vertrauen direkt zerstören muß.

Als Arbeiten für die Arbeitsbeschaffung kommen, wie Ministerialrat Schellen weiter ausführte, nur zusätzliche und produktive Arbeiten in Frage. Insbesondere müssen Reichsbahn- und Reichspost-Aufträge vergeben, ferner seien notwendig Straßenbauten, Altmüllabfuhr, Meliorationen und Bodenverbesserungen, Anhebung der Renten auf das bisherige Niveau, die Errichtung der letzteren Maßnahmen bedauerlich, daß hierin noch zu wenig getan worden sei (Erwähnung ist ja gerade gefallt worden wegen zu viel Siedlungsprojekte), glaubte er doch die Förderung nach dem großen amtlichen Gutachten, die Siedlungsprojekte werden als politische Schlagworte abtun zu sollen. Dabei konnte er zur Begründung nur anführen, daß das Land erst erschlossen werden müßte. Das ist doch selbstverständlich, aber schließlich die Zielung auf großen Gütern doch nicht aus, denn die Erschließung muß eben damit verbunden werden. Vorlandarbeiten durch Darlehen finanziert, lehnte er ab, da die Gemeinden die Zinsen nicht aufbringen könnten. Große amtliche Gelden gegen eine Vertiefung der Arbeitslosigkeit, da sie einen Lohnbau darstelle. Ertraulich war, daß der Referent den Staatsarbeitsdienst als Methode zur Arbeitsbeschaffung empfand. Dem Arbeitsdienst komme nur ein moralischer, natürlich nicht zu unterschätzender Wert hinsichtlich der Betretung der Jugend zu.

Eine Rettung könne nur eintreten, wenn

diese Arbeitslose zu vollem Lohn wieder beschäftigt werden. Nur durch eine wesentliche Stärkung der Kaufkraft wird für Erfolg gesorgt. Von diesem Grundgedanken gehen die deutschen Landgemeinden aus. Sie sind der Meinung, daß die Maßnahmen der Reichsregierung und des Staatspräsidenten, welche eine zu begründete Steuererleichterung darstellen, aber im Gesamtresultat hinsichtlich der Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen haben sie nicht befriedigt. Die Reichsregierung gebe von dem Standpunkt aus, die Wirtschaft zu beleben. Aber, so meinen die Landgemeinden:

**Die Privatwirtschaft werde es allein nicht schaffen.**

Man müsse erst durch öffentliche Aufträge eine große Zahl von Arbeitslosen zu vollem Lohn beschäftigen, dann könne die Privatwirtschaft wieder einsteigen. Jeder Arbeiter

- 1. Reich, Länder und Gemeinden nehmen volkswirtschaftlich wichtige Arbeiten vor.
- 2. Das geschieht nach einem festumrissenen, mehrjährige Jahre umfassenden Plan.
- 3. Die Finanzierung geschieht durch Kredite, die durch neuanschaffende Kreditinstitute nachgeprüft werden.
- 4. Grundpflicht sind die Arbeiter zu vollem Lohn unter Heranziehung der freien Wirtschaft zu beschäftigen.
- 5. Die Arbeitsbeschaffung erfolgt stufenlos durch die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute. Ihre Rückzahlung erfolgt später aus den Steuererträgen.

Diese Vorschläge wurden in der folgenden Aussprache fast allgemein anerkannt, auch von unseren Genossen. Sie stellen in wichtigen Punkten

**Tatsächlich gemeinwirtschaftlicher Art, im Gegensatz zu den Auffassungen der Reichs-**

**Able Geschäftspraktiken einer Expositionsfirma**

**Der Firmeninhaber zu einem Jahre Gefängnis verurteilt**

Ein trübes Bild über das Geschäftsgeheim der Firma Conrad & Co., Internationale Expositions-, in Halle entrollte eine Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht. Der Inhaber dieses Unternehmens, Gottfried Conrad, und sein Protokollist Erich Fißch waren wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs zum Nachteil verschiedener Firmen und der Reichsbahn angeklagt. Nach elfstündiger Verhandlung wurde Conrad mit 1 Jahr, der Protokollist F. mit 5 Monaten Gefängnis bestraft; bei letzterem wird die Strafauflösung ermoget.

Das Gericht hielt es nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme als erwiesen, daß in vielen Fällen mit einem Kunden nichtvereinbarte Gebühren angelegt wurden, die dann in den Rechnungen mit Einschluß der tatsächlichen Eisenbahnfrachten als „Frachtkosten“ bezeichnet wurden. Weiter wurden Frachtkonten in den Frachtscheinen, die eine öffentliche Urkunde darstellen, durch Notizen entsprechend ergänzt. In einem Falle betrug diese durch eine solche Änderung mehr eingezogene Fracht annähernd 20 Pf. Schädlich wurden

Legierung, die bekanntlich den „Staatssozialismus“ abgeben wird. Dabei verdienen sie unsere Unterstützung, zumal auch gerade die Anerkennung der vollen Entlohnung unserer Angehörigen entspricht. Es blieb einzig dem Landvolksführer und Arbeiter der hiesigen Filiale des Sächsischen Gewerkschafts, Dr. Burghardt, vorbehalten, statt voller Entlohnung „angemessene“ Entlohnung zu fordern. Er ließ aber sowohl bei den Kommunal- und Arbeitervertretern, wie auch beim Referenten auf Widerstand.

Gerade durch die volle Entlohnung werde die Kaufkraft gehiebt und damit zuletzt auch der Landvolksführer am besten gehoben.

Ende November findet in Halle eine neue Tagung statt. Inzwischen wird eine Reichstagung der Landgemeinden im Wesen von Reichsmitgliedern stattfinden, auf der das Programm erneut zur Diskussion gestellt wird.

In übrigen besetzte sich der Landgemeindetag noch mit der Hauswirtschaftslehre und dem, die nur bei Vorliegen der „Hilfsbeschäftigung“ erfolgen und wenn der Mietbetrag 10 M. übersteigt. Der Reichsvolkswirtschaftsminister teilte mit, daß wegen Mittelbeschränkung für Rubanmeter Verhandlungen im Gange seien, dabei aber für eine Überwälzung der Kaufkraft des Staates entscheidend sei. Verhandlungen werden auch zur Zeit wegen der Kartoffel- und Kohlenbelieferung der Erwerbslosen des Schalles geführt. Auf der Tagung wurde auch der neue Landrat des Schalles begrüßt.

Zu bemängeln war auch diesmal wieder, daß der Vorsitzende, Herr Krenitz, bemüht war, Arbeitervertreter möglichst wenig zu Wort kommen zu lassen. Mit dieser Methode sollte endlich Schluss gemacht werden, daß jeder das Recht, seine Meinung zu sagen.

**Nazi-Zettel abgelehnt**

Je näher der letzte Termin für die Fertigstellung der Kandidatenlisten zur Reichstagswahl heranrückt, um so scharfer werden die Kämpfe im Nazi-Lager. Alle bemühen sich, schnell noch ein Vorkämpfer zu erwählen, ehe der große Kladderadatsch beginnt.

Jetzt erklärt man aus dem hiesigen Nazi-Blatt „Der Kampf“, daß der Vorsitzende des Mittelberger Wechsels (Unterwerdung) und Schlichtungsaußenbüros, der bisherige Reichstagskandidat Fritz Ziebel, kein Amt, aus Gründen der Arbeitsbeschaffung in der „Energie“ habe. Es ist das sicher nicht so ganz freiwillig erfolgt, zumal sich der Kandidat Jordan bereit hat, sofort einen Nachfolger zu ernennen, und noch dazu einen Mann, der die gleiche Unvergleichlichkeit wie die Leichtigkeit erfordern, was im Mittelberger Nazi-Lager vor sich geht!

**Bestenfalls**

Gestern Nachmittag ergriffen sich an der Spitze der Partei die Mitglieder des Parteivorstandes, um den Vorsitz zu übernehmen und einen Nachfolger zu ernennen. Dabei trat der Kandidat, ein Arbeiter, der sich durch seine Unvergleichlichkeit auszeichnet, als notwendig heraus.

# Die kommunikativen Bahnhäuser

## Der Sandersdorfer Prozeß und sein Ende: Geldstrafverfahren bis zu einem Jahr

Nach mehr als einjähriger Verhandlung ging gestern der Prozeß gegen die 26 Sandersdorfer Kommunisten zu Ende, die vor dem 3. Strafkammer in Halle abgeurteilt wurden. Um es vorweg zu sagen: Die 10 letzte Verhandlungen in der letzten Zeit, entzifferte alle diese ein erschütterndes Bild vom unheimlichen Sympathie, die auf neue unter Beweis stellte, in welcher die Verbrechen und jeden Verantwortungsgefühls baren Weise erregte und aufgeweckten Menschen zu Erfolgen getrieben werden, die mit früheren Strafverfahren enden, während sich die Drahtzieher bolschewistischer Bahnhäuser immer im Hintergrund zu halten verstehen. Hier waren es wieder einmal die Gewerkschaften, die in ihrer Not, aufgeschreckt von gewissenlosen Elementen, zu Handlungen bereit wurden, die in ihrer Sinnlosigkeit auf nichts anderes hinauslaufen, als unglücklich Opfer zu schaffen, ohne ihnen auch nur im geringsten Erleichterung, geschweige denn wirtschaftliche Vorteile zu bringen.

Am Streife Bitterfeld mußten Anfang Juli die Unterfertigungsliste für die Wahlverfahren des 2. Ordnungsgesetz maß gefügt werden. Die Gemeinderäte anwesenden, die gefürzten Tage zur Auszahlung zu bringen. Das die Äußerungen die schwer um ihre Öffnung ringenden Arbeitslosen hart traf, daran bezieht nicht der geringste Zweifel.

Aber es ist eben bekannt, daß durch die ständigen Bemühungen des Sandersdorfer Komitees von Bitterfeld die Mitgliedschaft in diesem Komitee, gemessen an anderen Streifen, höher waren als anderswärts.

Gerade Sandersdorfer Komitee war es, der sich immer wieder an der Regierung stellen um die Erhaltung der alten Unterfertigungsliste bemühte, wobei er mit Recht auf die besonders ungünstige Wirtschaftslage in seinem Streife hinweisen konnte. Er hat sich, wie wir wissen, bis zum letzten Augenblick gegen die Kürzungen gewehrt und ist erst dann angeordnet, als er höheren Orts dazu angewiesen wurde. Ein kommunikatives Verhältnis ist also keineswegs, daß bis dahin die Unterfertigungslisten nicht anwesenden, aber andererseits benutzte die kommunikativen Partei die im Juli erfolgten Kürzungen zu einem ebenso gewissenlosen wie sinnlosen Agitationsmanöver.

Sie zog die Gewerkschaften in diesen Tagen an verschiedenen Orten zusammen und dirigierte sie vor die Gemeindeväter. Durch den „Draht der Straße“ sollten die Gemeindeväter, die an den Dingen am allerersten etwas ändern konnten, zur Aufhebung der alten Unterfertigungsliste bereit sein. In der Hoffnung gelang das, und deshalb sollte der Versuch auch an anderen Orten gemacht werden.

Bereits in den Morgenstunden des 7. Juli wurde das Gemeindevater von Sandersdorf

von auswärtigen Kommunisten belagert, die die Sandersdorfer Gewerkschaften aufzufordern, die Annahme der gefürzten Unterfertigungsliste zu verweigern. Zunächst genügte die drückende Polizei, mit den Anmahlungen fertig zu werden.

Später kam aber eine Kommission nach der anderen zum Gemeindevater und die Kenntnisnahme vor dem Gebäude schloß immer mehr an.

Als der Vorsitzende sah, was sich hier zu entwickeln drohte, forderte er Sondierungserklärungen an, die gegen Mittag zunächst dem Rat vor dem Gebäude kam. Im Anschluß daran fand im „Mühlengäßchen“ eine Versammlung statt, in der sich Räder aus Bitterfeld sprach und die Anwesenden aufsuchte, sich die Äußerungen nicht gefallen zu lassen. Alles strömte nach der Versammlung, die natürlich nicht genehmigt war, nach dem Gemeindevater zurück. Eine Kommission wurde abermals zum Vorsitzenden geschickt, der mittlerweile die Schalter hatte schließen lassen und der vorher bereits verurteilt hatte, auf die Menge der Kundgebungen einzutreten. Als alles nichts half, forderte er die Menge zum Abzug und ließ die Polizei erneut eingesetzt werden. Hierbei kam es schon im Gemeindevater zu Ausschreitungen. Die Sandersdorfer wurden im Gebäude bedrängt und auf der Straße mit Stein- und Glaswürfen empfangen. Zwei Sandersdorfer wurden tödlich angegriffen, wobei man dem einen die Kehle durchstieß. In höchster Bedrängnis zog ein Beamter schließlich die Pistole und gab einen Schuß ab. Auf darauf fielen noch mehrere tödlich Schüsse.

Der kommunikativen Gemeindevater und Kreisabteilungsleiter wurde in die Zunge getroffen, verlor er sich noch ein Stück zu schleppen und brach dann tot zusammen. Auch eine Frau, die ebenfalls anwesend war, erhielt eine Schußverletzung, an der sie beinahe später gestorben ist.

Der den tödlichen Schuß auf Schulte abgefeuert hat, das konnte in der Verhandlung nicht geklärt werden. Wahrscheinlich ist Schulte berechnend von seinen eigenen Leuten erschossen worden, denn die Abdultion erfolgte später, daß das tödliche Geschoss aus einer 6,35-Millimeter-Pistole abgefeuert worden war, während die Polizeibeamten nur Pistolen von erheblich größerem Kaliber führten.

Die Beweisführung brachte durch die Aussagen der Sandersdorfer ein ziemlich eindeutiges Bild von den Vorgängen. Danach kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Beamten gegenüber der Menge einen ziemlich schweren Stand gehabt haben müssen. Nicht als Rädelsführer im engeren Sinne, wohl aber als gefürzter Leiter, muß an der ganzen verheerenden Aktion der bekannte Fritz Rödel aus Bitterfeld angesehen werden, der in der Versammlung gesprochen hat und eigentlich in Sandersdorf an diesem Tage nichts zu suchen hatte. Besonders Angeklagten Pöschmann und Schulze, die die

Weggeführten Pöschmann und Schulze, die die Sandersdorfer angegriffen und geschlagen haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagten, bis auf drei, außerordentlich hohe Strafen von sechs Monaten bis zu einem Jahr Gefängnis. Gegen Rödel, den er der Mordbeteiligung für überführt hielt, nicht weniger als ein Jahr sieben Monate Zuchthaus! Die Strafkammer wies bei einer Anzahl von Angeklagten weit unter den Strafanträgen. Das Urteil lautete folgendermaßen:

Schulte, Pauler und Rogub wurden freigesprochen. Vier Angeklagte schlossen wegen Teilnahme an einer nicht angeordneten Versammlung je 5 M. Geldstrafe. Einer wegen Kaufens 4 Wochen Gefängnis und 5 M. Geldstrafe. 13 Angeklagte bekamen je 6 Monate Gefängnis, 8 von ihnen außerdem je 5 M. Geldstrafe. Die einschlägig verurteilten Leber und Krügel wurden je 7 Monate Gefängnis und 5 M. Geldstrafe verurteilt. Fritz Rödel erhielt 6 Monate Gefängnis, Pöschmann und Schulze je 1 Jahr Gefängnis. Der Vorsitzende gegen die drei letzten Mörder wurden je 10 Jahre Gefängnis verurteilt wurde bei ihnen und den anderen, soweit sie inhaftiert gewesen sind, angeordnet.

## Anberichtigte Forderungen

Auf eine recht originelle Art und Weise können die „Bereinigten Bürger- und Arbeitervereine“ die ihre Schriftleitung an der Berliner Straße haben, zu Gebote kommen zu wollen. Sie hatten gegen den früheren Allgemeinen Konsumverein Halle eine Forderung von rund 1200 M. die sie jetzt von früheren Mitgliedern des K.V. einfordern wollen. Sie haben die vertriebenen ehemaligen Mitglieder des K.V. unter Einschreiben folgenden Schreibens geschickt:

Wir haben lt. Auskunft des Amtsbüros Halle eine höhere Forderung gegen den Allgemeinen Konsumverein Halle a. S. in Höhe von rund 1200 M.

Die ich Ihnen dagegen dem Konsumverein aus der von Ihnen übernommenen Haftung einen Betrag von 50 M.

Wir sind ermächtigt auf Grund der pündlichen Forderung die Kasssummen in Anspruch zu nehmen, soweit dieselben noch nicht eingezahlt sind, nachdem der Konsumverein wegen Kassenparis von der Einziehung dieser Kasssummen Abstand genommen hat.

Wir erlauben Sie deshalb, innerhalb 3 Tagen diesen Betrag an uns zu zahlen oder beim Amtsbüro (Hauptquartier) des Konsumvereins, unterfalls wir sofort zur Pfändung vorgehen, stehen.

Sollten Sie Einwendungen gegen unsere Forderung haben, wollen Sie diese schriftlich mitteilen und ausführlich begründen. Hochachtungsvoll  
Bereinigter Bürger- und Arbeiterverein  
Rohland-Böge.

Wir halten uns ebenfalls „ermächtigt“, den Herren der Bereinigten Bürgervereine eine Antwort zu geben. Es wäre besser gewesen, sie hätten sich vorher die Bestimmungen der Kontingenzordnung angesehen, denn durch die in letzter Zeit von den Kontingenzmitgliedern des K.V. kein dem Pfändungsbefehl ähnliches Recht an dem Vermögen

des K.V., wegen Abgangs und die Kasssummen seiner Mitglieder abgeben, werden können. Ein Grund eines Rechts an diesen Vermögen findet für sie überhaupt nicht statt, vielmehr hat sie nur berechtigt zur Teilnahme an dem Kontingenzverfahren der Erlangung der Mitgliedschaft. Zeitlich ist die Erlangung des Mitgliedschafts durch die Kontingenzverfahren nicht möglich.

Die Erlangung des Kontingenzverfahrens ist aber, das bestimmt auch die Herren der Bereinigten Bürgervereine nicht möglich, wegen Mangels einer Kontingenzverfahren abgelehnt worden.

Denn es konnten nicht einmal die Kosten des Kontingenzverfahrens, die sich noch auf rund 1200 M. belaufen sollten, aufgebracht werden. Diese Einzahlung des K.V. Kontingenzverfahrens wegen Mangels an Masse erfolgte am 19. Februar 1933 durch das Gericht.

Schon allein aus dieser Tatsache ergibt sich, daß die Herren der Bereinigten Bürgervereine keinen rechtlichen Anspruch gegen ehemalige Mitglieder des K.V. haben. Weiter oder scheint man bei Rohland-Böge auch vergessen zu haben, daß die Gläubigererklärung am 20. Januar 1932 abgegeben wurde, die die Gläubiger der Mitglieder und die Gläubiger nicht einzugreifen. Da die Firma Rohland-Böge selbst Gläubiger des K.V. war, müßte das für ebenfalls bekannt sein. Und es müßte ihr auch bekannt sein, daß dieser Beschluß auch für sie maßgebend nicht vertreten war. In dieser Hinsicht müßte vertreten werden. Es selbst hätte sich also die „unmündigen Kassen“ geistlicher Eingriffsbüro nicht sparen können.

## Neue Filme in Halle

### Atlantis

Atlantis! — Atlantis! haben ihre Augen, Wissenschaftler ihre Operationen genannt um diesen Namen eines angeblich der jenseitigen Welt. Man sagt, er habe gelegen wo sich heute das Mittelmeer erstreckt und es habe Europa mit Afrika verbunden. Die geologische Behauptung, daß ein Erdbeben und Versenkung diesen Ozeanischen Weltteil.

Der Verfasser des Romans „Atlantide“ geht von der Voraussetzung aus, Atlantis sei unter dem Wäldchen der unbekanntem Sahara begraben.

Im Fieberwahn läßt er einen jungen Geographen, der die Erde Atlantis und ihre Herrin finden. Der Geograph hat in diesem Buch den Stoff in seinem Konflikt mehrheitlich Gestaltung gegeben. Er bringt herrliche Bilder aus der Welt, hält die Spannung bis zum Ende immer hoch und weckt am dem Kontrast von Ewigkeit und Immerwährender die Begeisterung zu geben.

Erzählt dem als Herrin von Atlantis leider noch starrer und stereotyper geworden als in ihren letzten Filmen. Die männlichen Charaktere sind sämtlich vorzüglich, namentlich Alexander, der Held und der Heldin. Eine fabelhafte Charge spielt. Es entstand hier ebenfalls ein rechtlich ausgeglichener Film, der, obwohl seine Handlung menschlich wenig paßt, weil sie ununterhaltend ist, weil sie nicht aufregend, spannend und interessant ist.

Der Reizprogramm, das im Mi-Si-Si steht, einer besonderen Pflege wert, verdient ganz besondere Aufmerksamkeit. Einer der schönsten Kulturfilme, die wie je haben, zeigt die Meisterwerke des Raumfahrt Doms in ihrer glorreichen Eindringlichkeit. Ein ausgeglichener Film, der sich auf die Erde und die Planeten, der viel beindruckt wird, und die Top-Boxen runden das lebenswerte Programm ab. GA.

## Der Mann mit dem Jagdschein

Roman von Georg Stralicher

Copyright by Karl Köhler & Co., Berlin-Weißensee, 31. (Nachdruck verboten.)

„Grund haben, annehmen...“ „Ja,“ schaukt Rödel, „ja — ich kann nur bestätigen, daß dieser Herr am Spätnachmittag bei mir als genannter Smut vorgestellt hat.“

„Oh,“ meinte der Beamte mit höchlicher Erleichterung, „also Sie kennen den Herrn weiter nicht. Diese Bestimmung wäre nämlich von großer Wichtigkeit.“

„Rohr sieht Smut beunruhigt an.“

„Ich kann nur erklären, gibt er dann, jedes Wort vorsichtig prüfend, zur Antwort, daß mit dieser Herr heute zum ersten Male zu Gesicht gekommen ist. Allerdings muß ich hinzufügen, daß unter Verlagsdirektor, Herr Wilhelm, vor drei Monaten, als er seine Studienreise durch die Vereinigten Staaten unternahm, einen Herrn Smut aus New York für unser Blatt engagiert, dessen Anhalten und Dienstantritt wir in diesen Tagen erwartet hatten. Ich persönlich war der letzten Überzeugung, in diesem Herrn hier tatsächlich Herrn Smut kennengelernt zu haben. Inzwischen kann ich natürlich nicht behaupten, ob es damit auch wirklich seine Richtigkeit hat. Ich muß gestehen, daß ich wie der Herr Kopf geschlagen von dem Herrn Smut — Sie werden doch irgendwelche Papieze haben, mit denen Sie sich ausweisen können?“

„Dabei ich,“ sagte Smut.

„Dah er,“ sagt Rödel, „aber zwei Pässe, die auf verschiedene Namen lauten.“

„Ich,“ meinte der Herr Kopf überfordert, „dieser Umstand gibt zu denken. Nun beginne ich selbst Ihnen zu zweifeln, ob dies der richtige Herr Smut ist.“

Der Kriminalkommissar reißt sich vergnügt die Hände.

„Nun sehen Sie, mein lieber Herr Strauß,“ wendet er sich zu Smut, „daß ich mit meiner Annahme recht behalten habe. Ein ganz gefährlicher Charakter, das ist er.“

„Ich,“ sagt auch, Herr Kommissar, aber nicht der, den Sie suchen!“

ritanischen Journalisten Smut auszugeben, wenn Sie in der Klemme sitzen Glauben Sie nicht, daß ich nicht über Ihre diversen Streiche informiert bin. In dem Augenblick, den Sie angegangen ist, steht allerdings Transparenz über Ihre Briefe. Vielleicht bekommen Sie sich noch zu einem Verständnis, sonst müßte ich unangenehm werden. Also? Überlegen Sie noch?“

„Smutus Wiene verfinsterte sich. Es wird ja immer schöner! Da meint der Herr Kopf mit dem Brautten der Verheiratung: „Eine kleine Nummer hätte ich Ihnen in den Hut gesteckt.“

„Kriminalkommissar! Da kann man nur gratulieren.“

„Ihre Güte,“ meinte der Herr Strauß, „ist etwas verächtlich,“ unterbrach ihn Smut, „ich erlaube Ihnen nochmals, daß Sie sich beide in einem Jertum befinden.“

„Und wie wollen Sie uns dies beweisen?“ fragt Schulz.

„Smut denkt einen Augenblick nach.“

„Dah,“ meint er plötzlich, „das ist eine Idee! Wollen Sie die Güte haben und mit dem Herrn Strauß/Erzähler Cobbin konfrontieren? Soweit ich weiß, ist er im Hotel Union abgemeldet. Er kennt die Nummer.“

„Smut nickte und mit dem Fingern auf den Tisch.“

„Ich werde mich hüten, Seine Exzellenz in einer hoffnungslosen Lage zu bemerken,“ betonte er. „Seine Exzellenz wird Sie ebensowenig wie Herr Kopf als den outendenden Smut identifizieren können. Denn Sie sind ja nicht der Smut, das haben Sie mir jetzt nicht mehr ein. Sie sind Wilhelm Strauß recte Johann Albers recte Oswald Thoren.“

„Jetzt hören Sie gefälligst damit auf,“ sagt Smut energisch, „sonst glaube ich in der Tat, daß ich jetzt andere bin, von dem Sie mit erzählen.“

„Schließen wir lieber ein Abkommen,“ Herr Schulz! Rufen Sie Seine Exzellenz ins Polizeipräsidium und stellen Sie mich ihm gegenüber. Wenn Herr Cobbin mich nicht zu kennen vorzählt, so erlaube ich Ihnen auf Ehrewort, daß ich alles gefehle, was Sie von mir verlangen.“

„Ihr Ehrenwort wiegt nicht so schwer, als daß ich mich bemüht haben könnte.“

„Der Kommissar! Nun werden Sie einfach beleidigt! Von jetzt an können Sie mich lange fragen. Ich gebe Ihnen keine Antwort mehr!“

„Ra — na“, lacht Schulz einzufliegen. „Sie sollen sehen, daß ich mit mir handeln lasse. Ich will Ihnen den Gefallen tun. Warten Sie einen Augenblick!“

Der Kriminalkommissar gibt dem noch immer an der Tür stehenden Cobbin einen Wink. Der Beamte verabschiedet und kehrt nach einer Weile mit drei Rollen zurück.

„Der Wagen wartet, Herr Kommissar,“ sagt er.

„Smut“, meint Schulz, „also, Herr Smut, lassen Sie sich freundlichst die Handabdrücke abnehmen, damit Sie keine Schwierigkeiten davonlaufen.“

„Smut nickte und ließ seine Handflächen unter den Rollen unternehmen und Sie bei dieser Gelegenheit seiner Exzellenz vorstellen. Herr Cobbin/Erzähler Rödel! Ich bitte Sie nochmals um Verzeihung. Sie werden mich zu haben. Sie haben, es war notwendig und auch im Interesse Ihrer Zeitung. Vielleicht darf ich mich, wenn es nötig sein sollte, bei Gelegenheit wieder an Sie wenden.“

Dann nehmen drei Kriminalbeamte Smut in die Mitte und führen ihn in den Hof hinaus, wo das Auto schon bereit wartet.

Ein paar Sekunden später kommt Schulz nachgekommen, nennt dem Chauffeur das Ziel, legt sich an Smut Seite, das große Tor des Berliner Polizeipräsidiums zu sich auf, und nun geht es in rascher Fahrt durch den Tunnel des Alexanderplatzes, umtraut von dem Strom der Spaziergänger, die auf beiden Seiten der Straße vorbeistromen, dem Hotel Union zu.

Währenddessen ist Ritter Cobbin nicht ausgegangen. Er steht mit seinen beiden Begleitern im Zentrum des Hotels und läßt sich die wirren Klänge der Jagdmusik in die Ohren dröhnen. Tanzpaare hüben dort, Selbstloschen hallen, ein Duft komplizierter Partyschwärme durch den Raum.

Da bewegt sich der Oberleutnant über seine Schulter: „Exzellenz, einige Herren wünschen Sie in einer außerordentlichen Angelegenheit zu sprechen.“

„Oh —“ sagt er unangenehm verärgert, „wer sind denn die Herren?“

„Som Polizeipräsidium, Exzellenz!“

„Das Erlaube mich.“

„Ich es lo bringend?“

Der Oberleutnant zuckt die Achseln.

„Wo befinden sich die Leute?“

„Am Direktionszimmer, Exzellenz!“

„Eine Minute vorher erwidert die lange, bogere Pantoffel des Staatssekretärs im Festball. Der Kriminalkommissar erläutert die Meldung und erzählt in kurzen Worten, weswegen er ihn herausgeholt habe.“

„O —“, meint Cobbin, „ich kenne Herr Smut ganz gut, wir haben zusammen die Lebensfahrt nach Europa gemacht. Wo ist der Mann?“

„Sie gehen ins Direktionszimmer.“

„Der Ritter Smut, in welcher Situation muß ich Sie antreffen? Was haben Sie denn um Gottes Willen angestellt?“

Schulz legt eine verdutzte Miene auf.

„It es tatsächlich Herr Smut, Exzellenz?“ fragt er.

„Tatsächlich, mein Herr, tatsächlich!“

„Und jeder Artum ausgehoben?“

„Ich werde doch Herr Smut kennen! Herr Smut von der New York Times? Sie können einer peinlichen Vernehmung zum Opfer gefallen zu sein. Der Kommissar. Für die Identität dieses Herrn stehe ich ein!“

Schulz ringt nach Reflexion.

„Über das ist doch selbstverständlich. Welche Beschuldigungen werden denn gegen Herrn Smut vorgebracht?“

„Gegen Smut keine, aber gegen Strauß recte Albers recte Thoren.“

„Also heißt Ihnen wieder Herr Doppelgänger herum, Ritter Smut? Sie sind ja wirklich ein Unlindvogel! Der Herr Kopf! Sie ist schon einmal in Mexiko in die Ante gebracht, wenn ich mich recht entsinne.“

Smut nickt.

„Sie waren meine einzige Rettung, Ritter Cobbin“, gibt er zum Antwort, „ich hätte schon befürchtet, die Nacht auf dem Polizeipräsidium verbringen zu müssen. Die deutsche Polizei geht mir langsam auf die Nerven.“

Schulz nimmt Smut schweigend die Schellen ab.

„Das Zeugnis Ihrer Exzellenz ist für mich maßgebend“, erklärt er. „Ihre Verurteilung ist hiermit aufgehoben. Herr Smut, ich bitte nur, mit Ihre Abreise maulen und damit ich Sie im Bedarfsfall erreichen kann. Wo Sie abgehoben?“

(Fortsetzung folgt.)





# Fort mit Illusionisten und Scharfmachern!

## Heizer gegen Gewerkschaften

Am Vorer der Papenischen Wirtschaftsunterstützer ist man aus dem Häuschen: die bösen Gewerkschaften haben das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Man hört die Papen-Männer beifällig rühmend: Es wäre alles so schön gekommen, wenn die vermeintlichen Gewerkschaften nicht gewesen wären. Die schänderliche „Bergwertzeitung“, die immer behauptet, wenn Wirtschaft mit Recht vertrieben wird, kann sich vor Zorn und Entrüstung nicht lassen. „Was man in diesen Tagen“, so schreibt sie, „bei den Gewerkschaften erlebt, übersteigt schließlich auch die schlimmsten Befürchtungen.“ Die Gewerkschaften „verneinen die Friedenspflicht“ und „as sie offene Rebellion“.

Deshalb müsse den Gewerkschaften streng gemacht werden, „wo die Grenzen ihrer Macht liegen“. Australien und England hätten ebenfalls nur — gegen die Gewerkschaften getreuet werden können.

Weshalb die Aufregung bei dem Schwerindustrie-Blick? Weil sich die Belegschaften in Renscheid, in Gladbach-Rheind., in der Weisenfelder Schmelzindustrie und in Hagen-Salpe die notorderbten Lohnabnahme nicht gefallen lassen wollen. Also wegen ein paar Arbeitstagen, die man sonst kaum registrieren würde, geht das Papenische Wirtschaftsprogramm in die Brüche. Wenn das Landtags-It, muß es um die Papenische Wirtschafts-Verordnung, sehr leicht bestellt sein. In den genannten Orten haben im letzten Jahre einige tausend Mann, und das auch nur teilweise, außer Arbeit geblieben. Gemessen an dem Umfang unserer Wirtschaft will das nichts, aber auch gar nichts belegen.

Weshalb also das hysterische Getöse über Sabotage des Papenischen Programms durch die Gewerkschaften?

Die „Deutsche Bergwertzeitung“, die ja nun jahrelang über die Gewerkschaften schimpft und meckert, sollte bei diesem für sie gewiß einschlägigen Gewerbe zum mindesten die Einflüsse gemessen haben, daß die Gewerkschaften in ihrem eigenen Interesse jede Wirtschaftsverbesserung begrüßen müssen. Gleichgültig, ob sie nun von Seiten der Regierung kommen, die sie zu beweisenden Lasten charakterisiert wohl am besten das Gehörnis von der Sabotage durch die Gewerkschaften. Wie einfach und wie niedrig muß die „Deutsche Bergwertzeitung“ ihre Leser —

und das werden wohl vorzugsweise deutsche Unternehmer sein — einschließen.

Über versteht sich hinter den Ausführungen der „Deutschen Bergwertzeitung“ etwas anderes? Sollen die Papenmänner nicht mehr an das Papenprogramm glauben? Wir sind geneigt, das zu bezweifeln.

Das Papenprogramm war auf die große Automatik in der kapitalistischen Wirtschaft, auf die Selbstregulierung der Weltwirtschaft, insbesondere auf die Beschränkungen an den Rohstoffmärkten während des Sommers 1932 eingestellt.

Wenn wir die Sommererfolge in den Rohstoffmärkten — erhebliche Preissteigerungen und bessere Umsätze — nicht erlebt hätten, würden wir auch das Papen-Programm in seiner vorliegenden Form nicht gesehen haben. Das Papenische Wirtschaftsprogramm hat sich an die Automatik in der kapitalistischen Wirtschaft angehängt. Dabei bleiben zwei ausfallgebende Fragen ungeklärt. Einmal die Frage, ob es sich wirklich um eine dauernde und nachhaltige Erholung in der Weltwirtschaft handelt und das andere die Frage, ob sich die Wäter des Papenischen Wirtschaftsprogramms nicht in dem Tempo, in dem sich die Erholung in der Weltwirtschaft vollziehen wird, irren. Die Dinge sind auf den großen Rohstoffmärkten etwas anders gekommen, als man sich das im Sommer 1932 gedacht hat. Zwar glaubt man immer noch an ein Aufwärtsgehen, an einen Aufstieg. Aber man hat aus den Rückschlägen der letzten Wochen gelernt, daß sich der Aufstieg nicht so rädelslos vollziehen wird, wie man sich das noch vor kurzem vorgestellt hat. Das mußte selbstverständlich auch in das Papenische Lager drinragen und Bestürzung bringen. Die Leute und diese Bestürzung sprechen u. a. aus den Auslassungen der „Deutschen Bergwertzeitung“. Man begriff, was wirtschaftlich und politisch davon abhängt, wenn man sich im Tempo des weltwirtschaftlichen Aufstieges wirklich vernehmen hat.

Allen Menschen nach jetzt ist schon die „Deutsche Bergwertzeitung“ aus dem Lande, auch dem Schuldigen. Das können bei der „Deutschen Bergwertzeitung“ nur die bösen Gewerkschaften sein, die in den Reaktionskreisen des Schwerindustriellen Blatts eine ähnliche Rolle spielen wie der schwarze Mann bei den Kindern.

Und wenn nun die Gewerkschaften ganz allgemein sich gegen den notorderbten Lohnabbau

sträuben, allgemein mit vollem Erfolg wehren, können wir das nur begrüßen. Aus wirtschaftlichen Gründen. Hat sich die „Deutsche Bergwertzeitung“ schon Gedanken darüber gemacht, weshalb die Rückschläge an den Rohstoffmärkten und in der Weltwirtschaft während der letzten Wochen eingetreten sind und einzutreten müßten? Die Rückschläge waren unvermeidlich, weil der letzte Verbraucher, der Konsument, der Arbeiter, der Angestellte, der Beamte nicht kaufen kann und die Rückschläge werden in Zukunft das sein, wenn man durch notorderbten Lohnabbau die Kaufkraft der Massen weiter schmälert. Im engen Rahmen, im Papenischen Wirtschaftsprogramm, haben ja die deutschen Unternehmer den Verbraucher vergessen und muten ihm weitere Kaufkraftverdrängung zu. Im weiten Rahmen, in der Weltwirtschaft, auf Rohstoffmärkten, in der kapitalistischen Automatik sieht das so aus, daß die Rückschläge eintreten, weil der Markt, die Masse der Verbraucher, die Fertigerzeugnisse nicht aufnehmen kann.

Wenn die „Deutsche Bergwertzeitung“ schon mal von Sabotage des Papenischen Wirtschaftsprogramms reden will, dann soll sie sich doch mal um die Fälle von Preisfestlegungen, die die letzten Wochen gebracht haben, kümmern.

Keinen Tag haben wir in den letzten Wochen erlebt, wo nicht von ganz erheblichen Preisfestlegungen Kenntnis nehmen mußten. Preisfestlegungen, die erfolgten, trotz verschiedener Unformulierungen. Preisfestlegungen, für die sachliche Gründe nicht vorliegen. Wenn sich die „Deutsche Bergwertzeitung“ über Sabotage entsetzt, dann soll sie einmal gegen den Angriff der Kartellpreise protestieren. Noch immer ist der Eisenpreis niedrig so hoch wie im Ausland, ganz zu schweigen von dem Preis für Rohöl, für Zement und andere Baustoffe usw. Will die „Bergwertzeitung“ gegen Sabotage kämpfen, dann soll sie gegen die Kartellisierung kämpfen, die einen Schlag gegen unsere Industrie bedeutet, wie sie ihn seit Jahren noch nicht erlebt hat.

Wichtig ist liegen die Dinge auch so, daß die „Bergwertzeitung“ das mit der Sabotage der Wirtschaft gar nicht so meint, wie es aussieht. Wichtig ist will sie nur scharf machen. Wichtig ist auch die „Deutsche Bergwertzeitung“ von jenen Zeiten, wo man gegen die Kartellpreise Militär marschieren ließ. Wenn das der Fall sein sollte, dann spielt man in der Schwerindustrie, die ziemlich allein auf weiter Flur geblieben ist, bedenklich mit Feuer.

der Kameraden Strull, Durniod, Wania und Birschke konnten für vier Wochen im Erholungsheim der Arbeiterwohlfahrt in Striegau untergebracht werden. Vom kommunizierlicher Seite ist in den letzten Tagen der Ansehen erneut worden, als ob dort aus eine große Aktion für die Kinder der Beurlaubten von Döln in Genuß genommen sei. Die Wirtschaft ist unter diesen Kindern nur eins aus Döln, nämlich die Tochter des kommunizierlicher Ehepaars Rofe.

## Dinoptikum der Zeit

Witzig der Abstraktionskonferenz

Eine internationale Tagung, die nicht zuletzt den Zweck haben soll, die Abstraktionen der Staaten zu verringern, ist ein lautes Begehren. Der Väterbund selbst zahlte für administrative Spesen der Abstraktionskonferenz mehr als eine halbe Million Mark. Die Reize der Delegationen nach Genf ist mit etwa einer Million an Bahnpfisen zu schätzen. Die Genfer Hotels verbrachten an ihren diplomatischen Gästen etwa zwanzig Millionen Mark. Die offiziellen Telefonate und Telegramme der Delegationen veranschlagten 10 Millionen Mark. Dazu kommen noch die Spesen, die alle seit 1925 geleisteten Vorarbeiten für die Abstraktionskonferenz beim Väterbund veranschlagten. Ausgemalt ist die Summe von 100 Millionen Mark als Gesamtwert der Konferenz nicht zu niedrig geschätzt. Man kann also sagen: mag die Abstraktionskonferenz vergeblich gewesen sein — umsonst war sie bestimmt nicht ...

## Yvan Schellers Republik

Kuriosum deutscher Kleinanleihe: eine Bierleitende Regierungsgesellschaft, eine Bierleitende Fabrik von Bad Honburg im Landkreis einleitet, liegt eine Entschädigung des Staatsbankrotts. Sie besteht nur aus einem — Wirtshaus. Die Wirtin, Frau Scheller, muß ihre Steuern an das dreiviertel Bahnstunden entfernte Finanzamt Friedberg abführen, der „zufällige“ Schornsteinfeger darf nicht aus Honburg kommen, sondern aus dem zwei Fußstunden entfernten Wülfel. Der preußische Staat muß vor dem Gerichtszug unwillig zugeben, wenn im Streitfall der Frau Scheller Polizeihilfe benötigt wird. Aber die Honburger behaupten, sie gehen nicht ein, denn auf den Roffen keine Getränkesteuer erhoben, weil die zuständige heftige Gemeinde ihre Einführung abgelehnt hat ...

## Der gestohlene Rastere

Im Prager Gestohlene wurde eingeschoben. Die Diebe gingen mit jedem Raffinement vor: die Alarmvorrichtungen und Telefone waren unbrauchbar gemacht, die Wächter fortgestodt worden, der schwere Tresor wurde aufgeschlüsselt — und das fanden die Einbrecher darin? Eine Handvoll Kleingeld. . . . Im nächsten Tag fand der Rastere in der Schublade seines Schreibtisches unterschrieben ein Kuvert mit 50 000 Kronen. Er hatte vergessen, es in den „liebeswürdigen“ Tresor einzufließen.

## Mädchen nicht gefragt

In kleinen Dörfern des Rheinlandes ist es üblich, bei der Rückkehr aus „Mädchenverlobung“ vorzunehmen. Das ist das Spiel, dessen Ergebnis festlegen werden zugestimmt sein soll, findet in diesem Jahr nur noch an wenigen Orten statt, da die Burden durchwegs erklären, sie hätten zum Mädchenfestern kein Geld.

## Ein „Schilb“-Würger

In einer kleinen mitteldeutschen Kreisstadt wurde eine neue Kamuffelle eingerichtet. Sie erhielt ein Schild mit der feinsinnigen schönen Bezeichnung „Defensitive Zapfstelle“. Am nächsten Morgen war es verschwand. Man fand es wieder — an der gegenüberliegenden Straßenseite, an der Ecke des Finanzamtes, wo es ein Späßvogel angebracht hatte.

## Sportflieger abgestürzt

Der Mannheimer Sportflieger Gaus ist über dem Flughafen Mannheim aus 800 Meter Höhe abgestürzt. Gaus hatte einen Koppsing verlor, der jedoch mitsang. In 50 Meter Höhe verlor der Pilot noch durch Fallstrom abzuspringen. Gaus lag so hart auf die Erde auf und erlitt schwere Verletzungen. Der Tod trat nach wenigen Minuten ein.

## Nord und Selbstmord

In Leipzig erlosch ein 66 Jahre alter Baumwollweber seine bei ihm einlogierte 35 Jahre alte Tochter. Dann würgte der Baumwollweber sich selbst. Familienrat dürfte die Bluttat ausgeführt haben.

## Hundert Häuser verbrannt

In Reibosa (Schlesien) wurden durch Großfeuer über hundert Häuser, außerdem beträchtliche Autoversteck vernichtet.

## Autobuskatastrophe

In der Nähe von Dersau (Polen) geriet ein Autobus ins Schlingens und stürzte 15 Meter tief in das Flußbett der Reggina. Vier Personen wurden tödlich, sechs lebensgefährlich verletzt.

# Haltet eiserne Disziplin!

## Die Nazis eröffnen neuen Bürgerkrieg in Breslau

Breslau, 5. Oktober.

### Eigener Bericht

Zur Nacht der Nazistatist, die sich am Dienstagabend in Breslau abspielte, wies sich die Aufleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Breslau mit folgendem Aufruf an die Kameraden des Gaus Mitteldeutschland:

„Kameraden, seid auf der Hut! Die Nazi-Mordkuche nistet wieder. Gestern sind in den frühen Abendstunden an verschiedenen Stellen der Stadt heimwärtsgehende junge Kameraden überfallen worden. Zwei unserer jungen Gefährten wurden durch Messerschläge in den Rücken schwer, ein dritter wurde leicht verletzt. Mit unserem Gruß „Freiheit“ verabschieden diese feigen „Kameraden“ flüchteten in Leberzucht die Angefallenen zu lächeln. Die Leberentfaltung in den Leberzuchtmethoden läßt klar die Plammschheit dieser neuen Aktion erkennen.“

Trotz dieser neuen Opfer hatten wir unerschütterlich an unsere Freiheitsziele. Wir haben Opfer für die Republik gebracht in einer Zeit, in der man sich berechtigt glaubt, uns stets ausföchtlich die Schuld zuzurechnen. Obgleich hat die Mehrheit des deutschen Volkes kein den letzten Wagnissen der Hitlerer erkannt und am eigenen Leib verspürt, welchen Giftes die Mörder der Nacht der langen Messer sind.“

Sie sehen in diesen blutigen Aktionen der Nationalsozialisten die Zugungen einer zukunftsbedrohenden Parteidiktatur.

Haltet eiserne Disziplin! Freiheit!

## Breslauer Naziverbrechen

Breslau, 5. Oktober.

### Eigener Bericht

Am Schweißniger Stadtgraben in der Nähe der Graupentstraße wurden am Dienstagabend vier jüngere Reichsbannerkameraden, die sich auf dem Wege ins Gewerkschaftsbüro befanden, von mehreren ihnen unbekanntem Brutten mit „Freiheit“ angerufen. Als die Reichsbannerleute den Gruß nicht erwiderten, da sie eine Provokation vermuteten, stürzte plötzlich eine Horde von etwa 30 Nationalsozialisten aus dem Dunkel hervor. Die Hakenkreuztröge stachen mit Messern auf die Leberfallenen ein. Der 16 Jahre alte Jungbannkamerad Stod erhielt vier tiefe Stiche in den Rücken, die in die Lunge einbrangen. Der 15jährige Reichsbannkamerad Bleich trug einen

Stich in den Oberarm und Verletzungen an den Händen davon. Die beiden Verletzten wurden sofort ins Krankenhaus übergeführt werden. Als Polizeibeamte am Tatort eintrafen, war das Nazi-Verbrechensgeschehen bereits verschwunden. Auch die Messerfächer sind unermant entfallen.“

Breslau, 5. Oktober.

### Eigener Bericht

Eine Stunde nach dem Überfall auf Reichsbannerleute am Schweißniger Stadtgraben ereignete sich in Breslau am Dienstagabend eine zweite diebstahlige Bluttat der Hakenkreuzer. Etwa um 2 Uhr fielen in der Nähe des Hauptbahnhofes etwa ein Dutzend Nazis über einen 18jährigen Jungbannkameraden der Jugendabteilung Breslau-Ost, namens Herbert Gorbely, her und brachten ihm mehrere tiefe Stiche in den Rücken bei. Der Leberfallene konnte mit letzter Kraft zur nächsten Polizeiwache fliehen und wurde dann in außerordentlich bedenklichem Zustande ins Krankenhaus geschafft.“

Breslau, 5. Oktober.

### Eigener Bericht

Am Dienstagabend gegen 22.30 Uhr verurteilten drei Nationalsozialisten, die durch Uebertrampfung der Radmaße Eingang in die in der Gartenstraße gelegene Reichsbannergefängnisstätte zu verschaffen. Die drei Hakenkreuzer konnten rechtzeitig an der Ausübung ihres Verbrechens gehindert und kurz darauf von der Polizei festgenommen werden. Auf dem Wege zur Wache warf einer der drei Gefangenen hinter dem Rücken des Polizeiwachmeisters einen Gegenstand fort.“

Als am Mittwoch früh die Stelle, wo der Nazi den ihm petalischen Gegenstand weggeworfen hatte, von der Polizei abgegründet wurde, fand man unter einem Stein ein großes schneidendes Messer, an dem zwei Blutspuren. Es ist anzunehmen, daß einer dieser drei Hitler-Strolche zu den Messerschlägen, die am gleichen Abend zwei Jungbannkameraden alteschlachten.“

Wie die Pressestelle des Polizeipräsidiums mitteilt, wurden in der Nacht zum Mittwoch drei Nationalsozialisten, die vermutlich am Dienstagabend an den Überfällen auf die Reichsbannerjungbannkameraden teilgenommen haben, von der Polizei festgenommen.“

## Gewerkschaften kämpfen weiter

Notorderbte „Friedenspflicht“ gibt nicht

Die Verordnung der Regierung über die Friedenspflicht wird die Arbeiterkraft in ihrer Abwehrbewegung gegen neuen Lohnabbau nicht schwächen. Die Gewerkschaften können eine Rechtsabwehr für die Aufhebung des Willkürs nicht anerkennen. Sie bestritten daher die Rechtsanerkennung der neuen Kasstrationsverordnung, die auch in der Notverordnung vom 4. September selbst keine Stütze findet. Es ist daher nicht anzunehmen, daß die neue Verordnung auf die Haltung der Gewerkschaften, vor allem auf ihre Handlungsfreiheit, von Einfluß sein wird.

Breslau, 5. Oktober.

### Eigener Bericht

Die Bundespressestelle des Reichsbanners teilt mit: In kameradschaftlicher Unterhaltung bemerken sich alle Republikaner Dölnen, den Angehörigen der von den schweren Sonbergründungsstrafen betroffenen Kameraden in jeder Belle ihr Los zu erleichtern. Von den Mitgliedern des Reichsbanners, der Ehemaligen Front und der Arbeiterwohlfahrt ist ein Komitee gebildet worden, das sich die dauernde Hilfe für die Betroffenen und deren Angehörige zur Aufgabe gemacht hat. Für die Angehörigen der verurteilten Mitglieder des Reichsbanners und der Ehemaligen Front ist bereits vom Tage der Anbahnung an gefordert worden. Den schwer betroffenen Frauen der Kameraden Bleich und Strull wurde ein 14tägiger Aufenthalt im Winterheim in Riederbrunn bei Wadenburg ermöglicht. Die Kinder

Sie haben für euch geschrieben,  
Sie haben in euren Reden,  
Sie haben für euch gelitten —  
Sie sollten vergessen sein?  
Geht für die Gefangenen  
und Verwundetenhilff!

Ihr werdet der Kämpfer gebened,  
Ihr Opre, habet ihr es nicht,  
Aem leiblichmüßiger Schanden.  
So ist — unsere heilige Pflicht!  
Geht für die Gefangenen  
und Verwundetenhilff!

Die Bundespressestelle des Reichsbanners teilt mit: In kameradschaftlicher Unterhaltung bemerken sich alle Republikaner Dölnen, den Angehörigen der von den schweren Sonbergründungsstrafen betroffenen Kameraden in jeder Belle ihr Los zu erleichtern. Von den Mitgliedern des Reichsbanners, der Ehemaligen Front und der Arbeiterwohlfahrt ist ein Komitee gebildet worden, das sich die dauernde Hilfe für die Betroffenen und deren Angehörige zur Aufgabe gemacht hat. Für die Angehörigen der verurteilten Mitglieder des Reichsbanners und der Ehemaligen Front ist bereits vom Tage der Anbahnung an gefordert worden. Den schwer betroffenen Frauen der Kameraden Bleich und Strull wurde ein 14tägiger Aufenthalt im Winterheim in Riederbrunn bei Wadenburg ermöglicht. Die Kinder

